



Dr. Axel Berg

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher der SPD-Fraktion in der
Energie-Enquête-Kommission

Berlin, den 24. Juni 2002

Endbericht der Enquete-Kommission "Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung"

I. Die wichtigsten Ergebnisse

Das gegenwärtige Energiesystem ist nicht nachhaltig

In ihrem Ersten Bericht hat die Kommission den Nachhaltigkeitsbegriff konkretisiert und operationalisiert, den aktuellen wissenschaftlichen Sachstand zum Klimawandel und zur Ressourcensituation fossiler Energieträger erörtert. Auf dieser Basis kam die Enquete-Kommission zu der einvernehmlichen Feststellung: **Das gegenwärtige Energiesystem ist nicht nachhaltig.** Die heutige Energiebereitstellung und -nutzung negiert in großem Umfang Umweltkosten, betreibt Raubbau an knappen Ressourcen, schenkt Risikoaspekten zu geringe Beachtung und stellt großen Teilen der Weltbevölkerung die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung benötigten Energiedienstleistungen nur ungenügend zur Verfügung.

Eine nachhaltig-zukunftsfähige Energieversorgung ist technisch machbar, wirtschaftlich leistbar und für den Industriestandort Deutschland vorteilhaft

Die Kommission hat zur Einschätzung der Chancen einer nachhaltig-zukünftigen Entwicklung bis zum Jahr 2050 wirtschaftliche und technische Potenziale und praktische und politische Handlungsoptionen untersucht. Dazu wurden 14 Szenarien und Varianten erarbeitet. Die Szenarien bringen die Kommission zu dem Ergebnis: **80% Minderung der Treibhausgas-Emissionen bis 2050 ist auch ohne Kernenergie in Deutschland realisierbar.**

In den Szenarien werden unterschiedliche Pfade zu diesem Ziel untersucht: in Szenario I der Koalition wird die Emissionsminderung in erster Linie durch Effizienzsteigerung bei den fossilen Energieträgern und die Abtrennung und Deponierung von CO₂ erreicht. Szenario II der Koalition erreicht die Senkung der Treibhausgasemissionen durch die massive Erhöhung der Effizienz des Energiesystems insgesamt und die konsequente Markteinführung erneuerbarer Energien. Die CDU/CSU/FDP hat ein Szenario rechnen lassen, in dem das 80%-Reduktionsziel im Ergebnis durch den Neubau von mindestens 50-100 Atomkraftwerken erreicht wird.

Die Szenarien wurden im Auftrag der Kommission vom Wuppertal-Institut (WI) und vom Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) Stuttgart in Modellkonkurrenz berechnet. Die Szenarien und Varianten sind zunächst ohne Berücksichtigung externer Kosten berechnet worden. Dies war aus modelltechnischen Gründen nicht möglich. Eine nachträgliche **Integration der externen Kosten** in die Szenarien und Variantenrechnungen zeigt, dass **das Kernenergieszenario auch unter ökonomischen Aspekten nicht nachhaltig ist.**

Bundestag

Platz der Republik

11011 Berlin

Tel: (030) 227 – 94 242

Fax: (030) 227 – 96 860

e-mail: axel.berg@bundestag.de

Hauptmerkmale der Szenarien im Überblick:

Referenzszenario	Koalition		CDU/CSU/FDP
	Umwandlungseffizienz	REG/REN-Offensive	Fossil-nuklearer Energiemix
<ul style="list-style-type: none"> ◆ Fortsetzung der Energiepolitik ◆ Business-as-usual ◆ Ökosteuern bis 2003 ◆ Energiesteuern real konstant 	<ul style="list-style-type: none"> ◆ forcierte Effizienzsteigerung bei fossilen Energieträgern ◆ Energiepolitik verschärft ◆ Höhere Energiesteuern ◆ CO₂ - Abtrennung und Deponierung 	<ul style="list-style-type: none"> ◆ forcierte Effizienzsteigerung und Ausbau der Erneuerbaren ◆ REG-Anteil im Jahr 2050: 50% ◆ Höhere Energiesteuern 	<ul style="list-style-type: none"> ◆ Neubau von Atomkraftwerken nach 2010 möglich ◆ Moderate Umsetzung der Energieeinsparpolitik

Nachhaltige Energieversorgung: Chance für den Standort Deutschland

Die Kommission hat sich ausführlich mit der Anpassungsleistung auseinandergesetzt, die von der deutschen Volkswirtschaft in den nächsten 50 Jahren im Hinblick auf Nachhaltigkeit zu erbringen ist, damit wir uns auch in Zukunft erfolgreich im internationalen Wettbewerb behaupten können. Die Kommission hat den erforderlichen Strukturwandel sowohl einzelwirtschaftlich als auch gesamtwirtschaftlich diskutiert. Sie ist zu dem Schluss gekommen, dass **ohne durchgreifende Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortqualität Deutschlands bedroht ist**. In diesem Sinne bedeutet eine Politik der Nachhaltigkeit für die Kommission einerseits eine ökologische Notwendigkeit und andererseits die Einlösung wohlbegründeter ökonomischer und sozialer Handlungsgrundsätze. Nachhaltige Energieversorgung ist eine Chance für Deutschland.

Die Zeit ist günstig für den Weg in eine effiziente und solare Energiewirtschaft

Die Szenarien erreichen die angestrebte CO₂-Reduktion auf sehr verschiedene Weise. Mit Hilfe bewusst sehr unterschiedlich gewählter Strategien und Instrumente wird so ein vielfältiges Handlungsspektrum offengelegt. Der effizient-solare Entwicklungspfad zeigt beispielsweise, wie sich innerhalb eines halben Jahrhunderts der Wandel des Energiesystems vollziehen kann. Für diesen Pfad ist die massive Erhöhung der Effizienz (bei **allen** Energieträgern **und** auf der **Nachfrageseite**) des Energiesystems und die konsequente Einführung erneuerbarer Energien von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig wird die technische Struktur des Energiesystems schrittweise dezentraler. Dieser Pfad berücksichtigt, dass in den nächsten Jahrzehnten die Erneuerung der allgemeinen Infrastruktur, des Hausbestandes und des Kraftwerksparks ansteht. Das macht die Ausschöpfung gewaltiger Effizienzpotenziale möglich. Der Zeitpunkt für die Etablierung eines risikofreien, emissionsarmen und damit zukunftsfähigen Energiesystems wird von der Kommission als besonders günstig eingeschätzt.

Die Energiewende modernisiert den Standort Deutschland

Die nachhaltige und zukunftsfähige Gestaltung der Energieversorgung ist sachlogisch eng mit der Modernisierung des Standortes Deutschland verbunden. Die Enquete-Kommission sieht in der Entwicklung und Implementierung emissionsarmer und risikofreier Technologien große wirtschaftliche Chancen für die deutsche Industrie. Sie sollten nach Auffassung der Kommission sowohl zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Inland als auch durch den Export beitragen. Mit der Verbreitung von erneuerbaren und effizienten Technologien ist nach Ansicht der Kommission auch verbunden, Globalisierungsprozessen eine zukunftsfähigere Richtung zu geben und

damit einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der Schwellen- und Entwicklungsländer zu leisten.

Die Enquete-Kommission zieht aus ihren Überlegungen folgendes Fazit:
Die Fortführung der Kernenergienutzung ist wegen ihrer strukturkonservierenden Wirkungen, ihrer erkennbaren großen Entsorgungskosten sowie der hohen Sicherheits- und Systemrisiken (Restrisiko, Terroranfälligkeit, fehlendes Entsorgungskonzept) nicht nachhaltig. Die Szenarien zeigen, dass zur Realisierung anspruchsvoller CO₂-Minderungsziele ein Rückgriff auf die Kernenergie nicht erforderlich ist. Im Gegenteil: der Neubau von AKWs bindet in großem Umfang Kapital und verhindert rechtzeitige Anpassungsprozesse. Unter Einbezug externer Kosten übertreffen die gesamtwirtschaftlichen Kosten des Kernenergieszenarios die der anderen um ein Mehrfaches.

Nachhaltigkeit ist eine wirtschaftliche, technische, soziale und institutionelle Gestaltungsaufgabe

Die Kommission ist sich bewusst, dass eine nachhaltig-zukunftsfähige Entwicklung in Deutschland einen Wechsel von Produktionsweisen, Konsumgewohnheiten oder Lebensstilen bedeutet. **Die Kommission sieht zum Prozess der rechtzeitigen Antizipation des weltweit anstehenden ökologischen Strukturwandels keine ökonomische und soziale Alternative.** Zur Bewältigung dieser Aufgabe reicht reines Risikomanagement nicht aus. Eine vorsorgend gestaltende Politik ist unbedingt erforderlich. Eine solche Kraftanstrengung ist ohne einen Paradigmenwechsel auf den unterschiedlichsten Gebieten von Wirtschaft, Forschung u.a. nicht möglich. Dieser Prozess wird um so ökonomisch erfolgreicher und strukturell friktionsloser ablaufen, je früher der Entwicklungspfad zur nachhaltigen Entwicklung eingeschlagen wird. Bei der Realisierung der Energiewende haben keineswegs nur technisch-naturwissenschaftliche Probleme Vorrang. Die Einführung von technischen Innovationen ist von zahlreichen sozialen und institutionellen Interdependenzen abhängig. Wenn wir diese Zusammenhänge nicht stärker beachten, kann auf der Marktebene der Prozess von Nachhaltigkeit nicht erfolgreich verlaufen. Die Kommission hat intensiv diskutiert, inwieweit für die Durchsetzung des Nachhaltigkeitsgebots neue ordnungspolitische Wege beschritten werden müssen. Wir halten es in diesem Zusammenhang für geboten, nachhaltigen Energieangeboten weiterhin über Einführungsprogramme größere Chancen zur Bewährung am Markt zu geben (Beispielhaft ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz).

Nachhaltigkeit: Politische Antwort auf die Globalisierung

Die Globalisierung berührt nahezu alle sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Bereiche der Gesellschaft. Entsprechend verändert sich der Ordnungs- und Bezugsrahmen der Energiewirtschaft ständig – sowohl der traditionellen als auch einer nachhaltigen. Die Kommission hat sich die Aufgabe gestellt, diejenigen Aspekte und Bedingungen im Energiesektor herauszuarbeiten, die als Chancen für ein weltweit nachhaltiges Energiesystem genutzt werden können. Von der Globalisierung werden nur dann positive Effekte ausgehen, wenn sie als große Gestaltungsaufgabe der nationalen und internationalen Politik angenommen wird. Die bisher weitgehend monetär ökonomische Globalisierung greift zu kurz. Die Kommission setzt sich für einen umfassenden Globalisierungsbegriff ein („integrative Globalisierung“), der auch die anderen Dimensionen einbezieht. Eine auf einseitige Vorteilsnahme der Industrieländer programmierte Globalisierung ist gefährlich. Sie verkennt, dass in Zukunft zum Substanzerhalt der globalen Lebensgrundlagen das Zusammenwirken von Verursachern und Betroffenen oder von entwickelten und unterentwickelten Ländern unerlässlich ist. Die Kommission ist sich bewusst, dass hierzu noch eine große Anzahl von Klärungsprozessen notwendig ist. So müssen beispielsweise Antworten gefunden werden auf die ungerechte Verteilung von Lebenschancen durch die unterschiedliche Verfügbarkeit von Ressourcen, eine größere Beteiligung der Entwicklungsländer am Kapital-, Know-How- und Technologietransfer, die Armutsbekämpfung, eine

sachgerechte Entwicklungshilfe und die faire Einbindung aller (auch bisher benachteiligter) Länder in globale Wirtschaftskreisläufe.

Nachhaltigkeit: Liberalisierung als Flankierung

Liberalisierung kann Motor einer nachhaltigen Entwicklung sein. Liberalisierung und der durch sie ermöglichte Wettbewerb kann im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens produktiv sein (Kostenvorteil durch effizienten Energieverbrauch u.ä.). Bedingungen hierfür sind allerdings Akteursvielfalt, Markttransparenz und offene Märkte. Diese Voraussetzungen sind nach Auffassung der Kommission national und weltweit nur unzulänglich vorhanden. Technologische Neuerungen haben nur dann eine echte Chance, wenn sie sich unter fairen Bedingungen am Markt behaupten können. Neue technologische Entwicklungen können zu großen Wirkungen im Sinne einer nachhaltigen Energieversorgung beitragen. Entscheidend ist, dass die positiven Effekte der Liberalisierung nicht wirkungslos verpuffen. **Die zunehmende Oligopolisierung der Märkte und strategischer Verdrängungswettbewerb sind eine Gefahr für eine nachhaltige Energieversorgung.** Ökologische und effiziente Produkte und Verfahren werden durch falsche Preissignale an Hersteller und Verbraucher ad absurdum geführt. **Die Kommission war sich bei ihrer Liberalisierungsdebatte darüber im Klaren, dass der Markt bezüglich der Realisierung längerfristiger gesellschaftlicher Ziele oft überfordert ist.** Wettbewerb als kurzfristiges Optimierungsverfahren ist perspektivisch blind.

Nachhaltigkeit: Staat als Wettbewerbshüter und Gestalter des Wandels

Die Enquete-Kommission hält für die Realisierung einer langfristigen Umstrukturierung der Energiewirtschaft einen effektiven Staat als Wettbewerbshüter und Gestalter für unverzichtbar. Diese Rolle erfüllt der Staat gegenwärtig nur begrenzt. Exemplarisch verweist die Kommission darauf, dass der laufende Betrieb von Atomkraftwerken von Versicherungskosten weitgehend freigestellt ist. Ihre volle Internalisierung würde bedeuten, dass Strom aus AKWs aus Gerechtigkeits- und Wettbewerbsgründen weit mehr kosten müsste; auf einem freien Markt wäre Kernenergie nie präsent. Der Erfolg von Liberalisierung in Bezug auf die Nachhaltigkeitsstrategie ist davon abhängig, dass die Preise die ganze Wahrheit sagen.

Nachhaltigkeit: Schranken der Natur beachten - Schranken im Kopf beseitigen

Die Kommissionsarbeit hat deutlich gemacht, dass eine erfolgreiche Umsetzung einer dauerhaft nachhaltigen Energieversorgung entscheidend davon abhängt, von welchen konzeptionellen Vorstellungen dabei ausgegangen wird. Wir wenden uns gegen die absichtsvolle Inflationierung des Nachhaltigkeitsbegriffs. Wir empfehlen, dieser Tendenz durch Konkretisierung und Operationalisierung entgegenzuwirken. Wir haben uns ausführlich mit dem 3-Säulen Modell des Sachverständigenrats für Umweltfragen befasst. Das 3-Säulen-Modell wird vielfach so interpretiert, als seien im politischen Entscheidungsprozess Aspekte ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit als gleichrangig anzusehen. Die Mehrheit der Enquete-Kommission stellt in Bezug auf diese theoretische Gleichrangigkeitskonstruktion fest: Nachhaltigkeit kann nur durch intelligent organisierten Funktionserhalt der lebensentscheidenden Umweltmedien sichergestellt werden. Eine Relativierung dieses Primats ist kontraproduktiv.

Nachhaltigkeit: Verknüpfung von Zielen mit konkreten Maßnahmen

Die Kommission war der im Einsetzungsbeschluss genannten Zielsetzung verpflichtet. Wir standen vor der Aufgabe, das Leitziel der Emissionsreduktion um 80% bis 2050 in Teilziele und Maßnahmen so umzusetzen, dass die Anpassungsprozesse ökonomisch und sozial möglichst friktionslos ablaufen können.

Die Kommission war sich bewusst, dass Strategien, die einen Zeitraum von 50 Jahren umfassen, im Zeitverlauf eines halben Jahrhunderts mit vielfältigen technischen Innovationen und sozialen Entwicklungen konfrontiert sein werden. Sie werden weit über das hinausgehen, was am Anfang des 21. Jahrhunderts vorstellbar ist. Die nachstehend aufgeführten Ziele tragen die-

ser Überlegung bewusst Rechnung. Die Kommission hat daher Ziele und Instrumente so ausgewählt, dass sie aus heutiger Sicht mittel- und langfristig einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des Nachhaltigkeitsziels leisten. In diesem Sinne sollen sie ein politisches Fundament für eine nachhaltige Energieversorgung bilden. Der Kommission war dabei wichtig, dass die kurz- und mittelfristigen konkreten Maßnahmen mit dem langfristigen Nachhaltigkeitsziel kompatibel sind. Auf das im Einsetzungsbeschluss genannte Ziel bezogen, empfiehlt die Enquete-Kommission dem Deutschen Bundestag die Orientierung an nachfolgend konkretisierten Zielen, Strategien, Maßnahmen und Instrumenten.

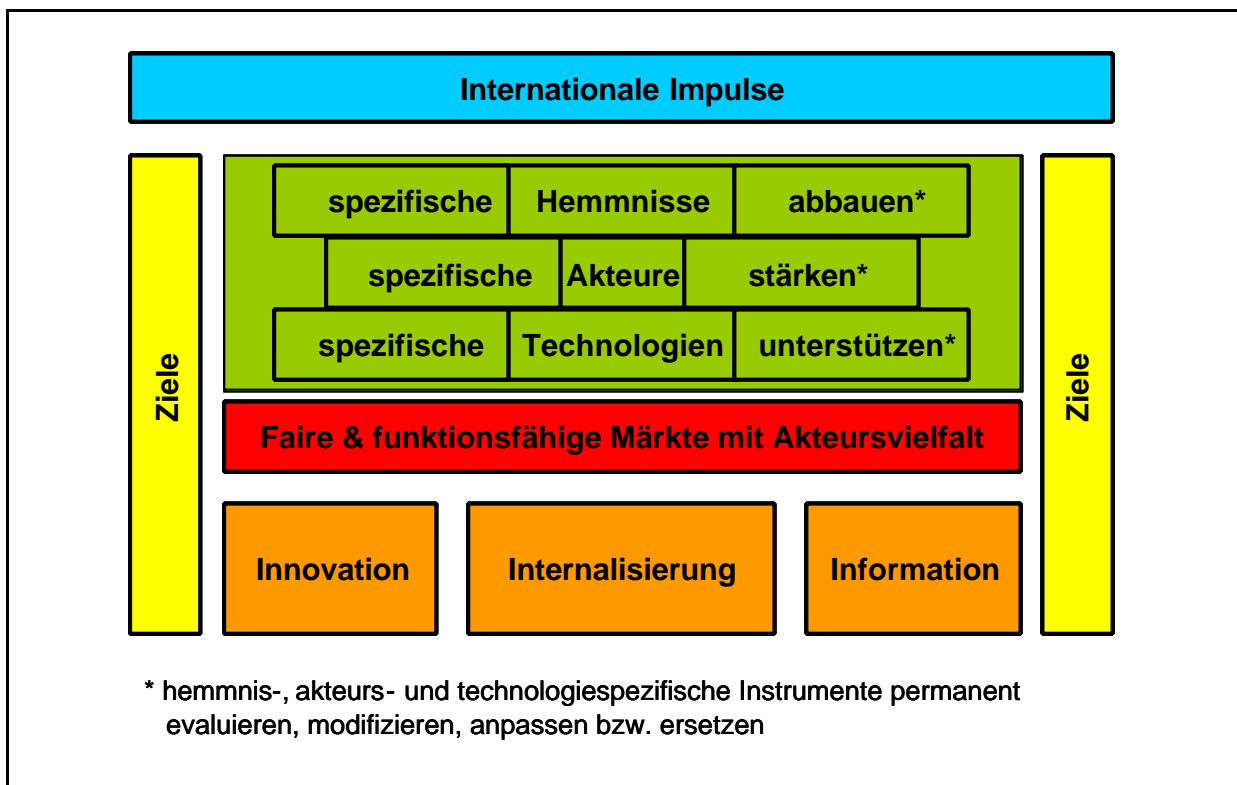


Abb.: Der Policy-Mix: Zusammenspiel von Zielen, Rahmenbedingungen und Instrumenten

Ziele einer nachhaltig-zukunftsfähigen Energieversorgung mit dem Zeithorizont 2020

- Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Energieproduktivität um 3%/a in den nächsten 20 Jahren
- Minderung der nationalen Treibhausgasemissionen um 40% bis 2020
- Erhöhung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien um den Faktor 4 und Ausweitung erneuerbarer Primärenergien um den Faktor 3,5 bis 2020
- Erhöhung des Stromaufkommens aus Kraft-Wärme-Kopplung um den Faktor 2 bis 2010 und um den Faktor 3 bis 2020
- Absenkung des durchschnittlichen spezifischen Endenergieverbrauchs neu sanierter Altbauwohnungen auf 50 kWh/m² bis 2020
- Absenkung des Flottenverbrauchs neu zugelassener PKW bis 2020 auf 3,5 bis 4 Liter je 100 km

- Erhöhung der F&E-Aufwendungen für den nicht-nuklearen Energiebereich um mind. 30% bei gleichzeitiger Ausrichtung der Forschungsprogramme auf nachhaltige Technologien
- Erhalt der weltweiten Spitzenstellung bei F&E in Bezug auf energiesparende Technologien und erneuerbare Energieerzeugungstechnologien und
- Konsequente Steigerung der Mittel für Technologien umweltschonender Energieerzeugung und -einsparung in der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Kommission empfiehlt, die Strategien zur Realisierung dieser Ziele in die absehbare allgemeine ökonomische und politische Entwicklung einzubetten. Befürchtungen einer Überforderung kann am ehesten begegnet werden, wenn Schritte frühzeitig eingeleitet werden. Durch die Optimierung in kleinen Schritten wird sich die kostengünstigste Entwicklung ergeben. Deutschland muss bei der Innovation und Diffusion von nachhaltigen Technologien eine Vorbildrolle übernehmen. Als Strategie empfiehlt die Kommission, die anstehende Modernisierung der deutschen Volkswirtschaft zu nutzen, die vor dem Hintergrund von Globalisierung und Liberalisierung in den nächsten Jahrzehnten ohnehin stattfinden muss. Wir brauchen einen zielorientierten und langfristig angelegten integrierten Politikansatz für den Umbau der deutschen Energieversorgungsstrukturen zu einem nachhaltigen Energiesystem.

Wir müssen nationale Strategien in den internationalen Kontext – insbesondere der EU – einbetten. Das erfordert reformierte, leistungsfähige Strukturen. Dies schließt nach Ansicht der Kommission eine Vorbildrolle Deutschlands keineswegs aus, sondern sie wird andere Länder motivieren, diesem Weg zu folgen. Wir müssen die Wissensgesellschaft unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsziele ausbauen. Dabei müssen Forschung und Entwicklung mit großem Nachdruck auf Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet werden. Eine innovationsorientierte Technologiepolitik schafft und sichert Arbeitsplätze in Deutschland und eröffnet neue Chancen („first-mover-advantages“) für deutsche Unternehmen auf den Weltmärkten. Wir müssen Aktivitäten zur Potenzialerschließung der rationellen Energiebereitstellung und –nutzung sowie der erneuerbaren Energien ergreifen. Wir brauchen Kapital-, Technologie- und Know-how Transfer aus den Industrieländern für den Energiesektor und eine faire energieorientierte Kooperation mit Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern.

Instrumente und Maßnahmen

Darstellung der diskutierten Instrumentenkategorien im Überblick

Internationale Instrumente		nationale Instrumente				
Kioto-Instrumente	EU-Instrumente	global steuernde Instrumente		spezifische Instrumente		
Internationaler Emissionshandel	Europ. Emissionshandel	allgemeine Instrumente	spezielle Klimaschutzinstrumente	Sektor-spezif.	technologiespezifisch	akteurs-spezifisch
Joint Implementation	Richtlinien und Förderprogramme	<u>zum Beispiel</u>	<u>zum Beispiel</u>	Strom	REN	Anlagenbetreiber
Clean Development Mechanism	Revision Euratom Energiekompetenz der EU	Liberalisierung	Ökologische Steuerreform	Wärme	KWK	Endkunden
		Subventionsabbau	kommunale Klimaschutzaktivitäten	Verkehr	REG	Hersteller
Policy Mix						

Die Kommission hat sich mit denjenigen Instrumenten vertieft auseinandergesetzt, die ihr unter dem Blickwinkel von Nachhaltigkeit, aber auch bezüglich der veränderten Rahmenbedingungen Globalisierung und Liberalisierung als besonders wichtig erschienen. Die Übersicht zeigt die wesentlichen Instrumentenkategorien, die vertieft diskutiert wurden.

Angesichts der Fülle von Instrumenten hat sich die Kommission ein Kriterienraster erarbeitet, mit dem sie die Instrumente vergleichend bewertet. Die Tabelle gibt einen Überblick über die angewandten Kriterien:

Oberkriterium	Einzelkriterium
Zielerreichung	Effektivität / Zielerreichung / Kontrollierbarkeit
	Spin-Offs / Erreichung von Nebenzielen
ökonomische Effizienz	(statische) Kosteneffizienz (inkl. administrativer Aufwand)
	Dynamische Effizienz
	Verursachergerechtigkeit
Umsetzbarkeit	Finanzierbarkeit
	EU-Verträglichkeit
	Politische Durchsetzbarkeit
Umsetzungsqualität	Praktikabilität
	Soziale Verträglichkeit / gesellschaftliche Akzeptanz
	Wettbewerbsförderung
	Markt-/Wettbewerbskonformität
	Kompatibilität mit anderen Instrumenten
	Flexibilität / Modifizierbarkeit
	Transparenz
	Trade-Offs / Umfeldauswirkungen

Nachhaltige Energieversorgung: Handlungsempfehlungen

Die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission richten sich an den Bundestag. Sie konzentrieren sich auf die nächsten 10–15 Jahre. Was jetzt getan werden kann, sollte realisiert werden. Die Begründungen für die Empfehlungen sind ausführlich im Bericht nachzulesen. Im einzelnen empfiehlt die Kommission:

Nationale Ansatzpunkte

- Weiterentwicklung der Liberalisierung durch wettbewerbsermöglichende und -sichernde Regulierungen
- Herstellung größerer Akteursvielfalt, Abbau von Behinderungen
- Vermeidung von Machtkonzentration und Oligopolbildung, Verschärfung der Regelungen zur Fusionskontrolle, Einbeziehung des Parlaments in die Ausnahmetatbestandsfeststellung
- Verankerung einer Netzzugangsverordnung sowie die Einsetzung einer ex ante agierenden Wettbewerbsinstanz bei Misserfolg der bestehenden Regelungen
- Abbau von Vorrechten und Subventionen, die nicht mit Nachhaltigkeitszielen zu vereinbaren sind

- Überführung der Rückstellungen der Energiewirtschaft zum Rückbau der Atomkraftwerke in einen öffentlich-rechtlichen Fonds
- Verpflichtung der Bundesrepublik auf eine Reduktion der nationalen Treibhausgasemissionen – auf der Basis von 1990 – um 40% bis 2020
- Ergänzung der zentralisierten Angebotsstrukturen durch dezentrale Optionen
- Konsequente Weiterentwicklung des KWK-Gesetzes in Abhängigkeit von der Evaluation im Jahre 2004
- Weiterentwicklung des Erneuerbaren Energiengesetzes (EEG) und entsprechender Förderprogramme
- Mengenregelung im Sinne einer Umweltschutzpflicht für die entsprechenden Akteure der Händlerkette fossiler Brennstoffe für den REG-Wärmebereich
- Stärkung der Energieeffizienz auf der Nachfrageseite und Organisation bzw. Flankierung funktionsfähigen Wettbewerbs um Energiedienstleistungen
- Einrichtung eines Energieeffizienz-Fonds
- aufkommensneutrale Weiterentwicklung der Ökosteuer als Instrument zur Internalisierung externer Kosten (umfassende ökologische Finanzreform)
- Einführung des EU-Emissionshandelssystems
- Beseitigung einer Vielzahl administrativer und rechtlicher Hemmnisse
- Maßnahmenbündel für nachträgliche Wärmeschutzmaßnahmen im Gebäudebestand in Verbindung mit rationeller Heizungs- und Warmwasserbereitungstechnik (zunehmend auf Basis erneuerbarer Energien)
- Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Thema „Nachhaltige Mobilität“ in der nächsten Legislaturperiode
- Stärkung und Förderung der Vielfalt zusätzlicher und stärker regional orientierter Akteure, kleiner Produzenten und Selbstversorger
- Start einer forschungs- und bildungspolitische Offensive für nachhaltige Technologien (Energieeffizienz, emissionsarme Kohletechnologien, erneuerbare Energien)
- Einrichtung eines F&E-Programms für sozial-ökologische „Energie“forschung (CO₂-Minderungspotentiale durch Verhalten und Lebensstil)

Ansatzpunkte in der Europapolitik

- Schaffung von Energiemärkten mit transparenten und gleichen Rahmenbedingungen in der EU
- Aufnahme eines Energiekapitel in den EG- bzw. künftigen EU-Vertrag mit Vorrangstellung für Effizienz und Erneuerbare Energien
- Beendigung des Euratom-Vertrages und parlamentarische Kontrolle über die Forschungsrahmenprogramme
- aktive Begleitung der EU-Osterweiterung (energiepolitische Effizienzmaßnahmen, Ermöglichung des Atomausstiegs)

Ansatzpunkte in der internationalen Politik

- Partnerschaft im Sinne einer deutschen Vorbildfunktion für die Entwicklung und den Aufbau von Zukunftssystemen mit Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländern
- Deutschen und europäische Exportoffensive für erneuerbare Energie- und Effizienztechnologien in Entwicklungs- und Schwellenländern.
- Anerkennung der neuen außenpolitischen Dimension von Energiepolitik durch Zusammenarbeit mit den heutigen und zukünftigen Energielieferländern und -regionen Energiesysteme.

II. Arbeitsweise der Kommission

Die Energie-Enquete-Kommission hat am 24. Juni den Endbericht verabschiedet. Union und FDP, insbesondere aber der Vorsitzende der Kommission, Kurt-Dieter Grill, erwiesen sich als beratungsresistent und dialogunfähig. Die Arbeit in der Enquete-Kommission war seit Anfang des Jahres 2002 von einer **unkonstruktiven Haltung der CDU/CSU/FDP** gekennzeichnet. Nachdem die Koalition die Erstellung der Texte wegen eines nur sehr beschränkt einsatzfähigen Enquete-Sekretariats und aufgrund des Zeitdrucks selbst in die Hand genommen hatte, wurden die Sitzungen der Enquete nicht mehr von inhaltlichen Diskussionen sondern überwiegend durch Verfahrensfragen bestimmt. CDU/CSU/FDP haben sich in der Enquete-Kommission zuletzt einer konstruktiven Zusammenarbeit praktisch verweigert. Mit einem 250-seitigen Minderheitenvotum hat die schwarz-gelbe Opposition quasi einen eigenen Bericht geschrieben. Sie nennen Ihr Papier Konzept, haben dies aber noch nicht einmal im Ansatz. Erst wollten Union und FDP unbedingt ein Atom-Ausbau-Szenario rechnen lassen. Ergebnis ist der Zubau von 50-100 Atomkraftwerken. Bezeichnenderweise unterstützen Union und FDP keines der drei Szenarien, noch nicht ein mal ihr eigenes. Am Ende fehlte Ihnen dazu der Mut.

Insgesamt lässt das Verhalten der Opposition nur einen Schluss zu: Union und FDP wollen keine Energiewende. Nachdem es ihnen nicht gelungen ist, die Enquete-Kommission gegen den Atomausstieg unserer Bundesregierung zu instrumentalisieren, betrieben sie Obstruktion. Ziel war zunächst, die Enquete in die nächste Legislatur zu verlängern. Die inhaltliche Arbeit wurde dadurch bis zur Diskussionsunfähigkeit entwertet. Die rot-grünen Mitglieder und Sachverständigen haben immer wieder den Diskurs angeboten. Union und FDP wollten ihn nicht. Am 2. Juli wird der Endbericht an den Bundestagspräsidenten übergeben. Der Bericht macht deutlich: CDU/CSU und FDP haben kein Konzept für eine nachhaltige Energieversorgung. Union und FDP wollen business as usual. Ihnen ist dabei jedes Mittel recht, die Energiewende aufzuhalten und zurückzudrehen. **Am 22. September wird daher auch und insbesondere über die Zukunft der Energiepolitik entschieden: Zurück ins Atomzeitalter oder vorwärts ins Solarzeitalter.**